1934 – 1945

Der sozialistische
kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8 | Juli/August 1986 | 5 Schilling

„Unter der Führung der Arbeiterklasse"

Die Rede Otto Bauers auf dem Linzer Parteitag 1926

Vom 30. Oktober bis 3. November 1926 fand in Linz der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, auf dem ein neues Parteiprogramm beschlossen wurde, das unter dem Namen „Linzer Programm" in die Geschichte einging. Dieses Programm ist maßgeblich mit dem Namen Otto Bauer verbunden, der darüber auf dem Parteitag eine große Rede hielt. Zu unserer Bundeshauptversammlung im November 1986, die im Zeichen des Gedenkens an den Linzer Parteitag vor 60 Jahren stehen wird, erscheint eine von Genossen Josef Hindels verfaßte Broschüre mit dem Titel „Das Linzer Programm — Ein Vermächtnis Otto Bauers". Wir veröffentlichen aus dieser Broschüre als Vorabdruck das Kapitel über Otto Bauers Parteitagsrede:

Otto Bauer (1882—1938)

Otto Bauers Rede — ein geistiges Erlebnis

Die Rede, die Otto Bauer auf dem Parteitag, der vom 30. Oktober bis 3. November 1926 in Linz stattfand, als Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt „Neues Parteiprogramm" hielt, war eine seiner rhetorischen Meisterleistungen. Auch nach Jahrzehnten ist die Lektüre dieser Rede ein geistiges Erlebnis. Sie bringt uns den Menschen Otto Bauer, der zu den großen Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale der Zwischenkriegszeit gehörte, näher. Die Rede erklärt, warum dieser bescheidene, fast schüchterne Denker die Zuhörer zu Beifallsstürmen veranlaßte, gleichzeitig aber fruchtbare Diskussionen auslöste.

Otto Bauer beherrschte die deutsche Sprache souverän, er verstand es, druckreif zu sprechen. Und er verabscheute Phrasen ebenso wie rhetorische Tricks. Was er sagte, war klar formuliert, jede Behauptung wurde durch Beweise untermauert, komplizierte Zusammenhänge erklärte er mit einfachen Worten.

Otto Bauer war eng verbunden mit der österreichischen Innenpolitik, zu deren bedeutendsten Repräsentanten er gehörte. Aber keine seiner Reden war provinziell. Stets arbeitete er den Zusammenhang mit der weltpolitischen Entwicklung heraus, bezog sich auf internationale Faktoren und geschichtliche Lehren. Später hat ein Autor behauptet, Otto Bauer sei „zu groß" gewesen für das kleine Österreich. In einem gewissen Sinn war das richtig:

Dieser Geistesriese überragte die kleinkarierten Politiker der bürgerlichen Seite. Seine intellektuelle Überlegenheit führte bei ihnen zu Minderwertigkeitsgefühlen, die in fanatischen Haß umschlugen. Hinzu kam, daß seine jüdische Herkunft, die er nie verleugnet hat, den in Österreich epidemisch verbreiteten Antisemitismus mobilisierte. Otto Bauer wurde daher oft als „Saujud" oder „jüdisch-marxistischer Hetzer" beschimpft. Man forderte ihn auf, das Land zu verlassen, nach Palästina (den Staat Israel gab es damals noch nicht) zu gehen.

Was an Otto Bauers Rede auf dem Linzer Parteitag auffällt, ist die nüchterne Analyse des weltpolitischen Kräfteverhältnisses: Die Weltrevolution ist ausgeblieben, was zur Isolierung der russischen Oktoberrevolution geführt hat. Der Kapitalismus konnte sich, vor allem in den USA, relativ stabilisieren. Eine sozialistische Strategie auf lange Sicht ist daher notwendig.

Diese Strategie muß von der Erkenntnis ausgehen, daß trotz des Ausbleibens der Weltrevolution von einer heilen Welt des Kapitals keine Rede sein kann. Vor allem gilt das für Europa. Und Otto Bauer gibt eine treffende Darstellung der europäischen Situation der Zwischenkriegszeit, die sich wesentlich von der vor 1914 unterscheidet:

„Vor dem Kriege, von 1871 bis 1914, hat Europa eine Epoche durchlebt, die eine Epoche ständigen organischen und dabei schnellen Wachstums der Industrie gewesen ist, eine Epoche ohne Kriege und Revolutionen in Mittel- und Westeuropa, eine Epoche langsamer, organischer, allmählicher Entwicklung der Klassenkämpfe, langsamer, organischer, allmählicher Verschiebungen. Das, was wir heute sehen, dieses neue Europa, bietet offenbar nicht die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung.

Wenn wir alle diese Faktoren zusammenfassen: die schwere wirtschaftliche Erschütterung des europäischen

Fortsetzung auf Seite 2

PARTEITAG 1926

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalismus überhaupt, die Verschärfung seiner Schwierigkeiten durch den Protektionismus, die geringe Stabilität der Staatsgrenzen und Staatsverfassungen, die störenden Elemente, die aus der Machtstellung der Arbeiter hervorgehen, so glaube ich, ist der Schluß, den wir ziehen müssen:

ein Europa, das zwar noch das kapitalistische ist, das nicht die Weltrevolution nach den bolschewikischen Erwartungen erleben wird, aber auch nicht ein Europa jener langsamen Entwicklung, wie sie Mittel- und Westeuropa im letzten halben Jahrhundert vor dem Kriege gehabt haben, sondern ein Europa, das unvergleichlich größere Wahrscheinlichkeit sprunghafter und ruckartiger Machtverschiebungen zwischen den Klassen bietet als das Europa der Vorkriegszeit.

Diese unvergleichlich größere Wahrscheinlichkeit von sprunghaften und ruckartigen Machtverschiebungen im Klassenkampf ist etwas, das man bei aller Vorsicht in der Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Lage doch erwarten kann. Und innerhalb eines solchen Europa, eines Europa, das zwar kapitalistisch ist, dessen Kapitalismus aber seine Machtstellung in der Welt verloren hat und in dem seine innere Struktur immer wieder zu sprunghaften und plötzlichen Veränderungen der Machtverhältnisse Anlaß bietet, werden wir in Österreich unseren Kampf um die Macht zu führen haben."

Aus dieser Analyse ergibt sich auch die ideologische Position des von Otto Bauer repräsentierten Austromarxismus: Die Illusionen der Kommunisten, in allen kapitalistischen Ländern werde eine Revolution nach dem Modell der bolschewistischen Revolution vom Oktober 1917 stattfinden, werden entschieden abgelehnt. Die Arbeiterklasse des Westens muß, nach Meinung Otto Bauers, ihren **eigenen** Weg zum Sozialismus gehen, unter Berücksichtigung der historischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern, die sich wesentlich von denen des zaristischen Rußland unterscheiden. Ein Export der russischen Revolution ist weder möglich noch erstrebenswert.

Aber nicht weniger entschieden werden die Illusionen rechter Sozialdemokraten abgelehnt, die von einer friedlichen Entwicklung träumen, wie es sie vor 1914 gegeben hat. Der Austromarxismus rechnet mit verschärften Klassenkämpfen, mit ökonomischen und gesellschaftlichen Katastrophen.

Was Otto Bauer 1926 für Europa voraussagte, ist eingetroffen. Die kommunistischen Hoffnungen auf eine Wiederholung der russischen Oktoberrevolution im Westen haben sich nicht erfüllt, die reformistischen Illusionen wurden grausam zerstört, vor allem durch die Barbarei des Faschismus.

Das Österreich der Zwischenkriegszeit

Einen breiten Raum nimmt in der Rede Otto Bauers die Auseinandersetzung mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen Österreichs ein. In der antimarxistischen Karikatur wird Otto Bauer als ein „Dogmatiker" dargestellt, der an einen linearen Fortschritt glaubt und daher auch vom automatischen Sieg des Sozialismus überzeugt war. Aber Otto Bauer ist kein Dogmatiker gewesen, sondern ein selbständig denkender, die Schwierigkeiten auf dem Weg zum Sozialismus aufzeigender Schüler von Marx, Engels und Victor Adler.

Diese Schwierigkeiten waren in Österreich besonders groß. Otto Bauer schilderte sie mit schonungsloser Offenheit:

„Und deswegen müssen wir uns für einen Augenblick einmal klarmachen, wie das Gelände aussieht, auf dem das österreichische Proletariat seinen Klassenkampf zu führen hat.

Hier müssen wir zunächst vor jener optischen Täuschung warnen, der die industrielle Arbeiterschaft insbesondere in den großen Städten und in den großen konzentrierten Industriegebieten sehr leicht erliegt, bei uns besonders leicht erliegt, weil Wien in unserer Arbeiterbewegung eine besondere Rolle spielt.

Die Wiener Arbeiter, insbesondere aber auch die Arbeiter in manch großen Industriegebieten, sind in Gefahr, die Machtstellung in Österreich mit der Machtstellung in Wien zu verwechseln. Wir müssen uns dieses Österreich klarmachen, wie es ist.

Wir haben in Österreich eine große Stadt mit sehr großer Machtstellung der Arbeiterschaft. Wir haben, dieser großen Stadt vorgelagert, einige wichtige und bedeutende Industriegebiete, in denen die Arbeiterschaft teils sehr stark ist, teils, wie zum Beispiel in der Obersteiermark, noch bedeutend stärker sein könnte, als sie ist. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß, abgesehen von diesen wenigen großen Industriegebieten, der größte Teil von Österreich agrarisches Gebiet ist: stille Alpentäler mit kleinbäuerlicher Bevölkerung, in die kleine, wesentlich kleinbürgerliche Städte eingesprengt sind.

Daraus folgt der Schluß, daß keine Herrschaft des Proletariats möglich und denkbar ist und sich länger als ein paar Wochen halten könnte, wenn wir nicht imstande sind, starke Machtpositionen außerhalb der großen Städte und Industriegebiete in jenen stillen Alpentälern und in den eingesprengten kleinen Städten zu erobern."

Otto Bauer weist in seiner Analyse auch darauf hin, daß in Österreich die Industriegesellschaft nicht wächst, sondern schrumpft! Die Zahl der Industriearbeiter nimmt nicht zu, sondern ab. Natürlich kann von einem „Verschwinden der Arbeiterklasse " keine Rede sein, aber der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß erschwert ihre Aktivität, schwächt ihre Kampfkraft.

Otto Bauer zieht aus dieser bitteren Erkenntnis die Schlußfolgerung, daß es vor allem notwendig ist, die Angestellten, die soziologisch zur Arbeiterklasse gehören, aber zum Teil noch ein bürgerliches Bewußtsein haben, für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen und ein breites Bündnis mit den Mittelschichten und den kleinbäuerlichen Massen zu schließen.

Kampf der Ideen

Aber das Ringen um die Macht ist für Otto Bauer nicht bloß ein Rechenexempel. Es kommt, wie schon Karl Marx betonte, nicht bloß auf die Zahl einer Klasse an, sondern entscheidend ist die geistige Verfassung, das Bewußtsein der arbeitenden Menschen. Otto Bauer betont in seiner Parteitagsrede, was er auch in anderen Reden und Schriften immer wieder hervorhob: Es muß gelingen, die geistige Vorherrschaft des bürgerlichen Lagers zu überwinden, die führende Rolle der Arbeiterklasse in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht zuletzt in den kulturellen, durchzusetzen.

Solange die arbeitenden Menschen (womit Otto Bauer nicht nur die manuellen Arbeiter meinte) in bürgerlichen Kategorien denken, von reaktionären Vorurteilen belastet sind, können sie

Fortsetzung auf Seite 7

Die Bundeshauptversammlung

des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

findet am 15. und 16. November 1986 in der Körner-Halle in Schwechat statt.

Sie wird im Zeichen des Gedenkens an den Linzer Parteitag von 1926 stehen.

Gewerkschaftsjugend: Kampf gegen Rassismus als Nationalfeiertagsmotto

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) regte an, den diesjährigen Nationalfeiertag unter das Motto „Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus" zu stellen. Der „Kämpfer" sprach über diese Idee mit Genossen Fritz Svihalek, dem Obmann der ÖGJ.

Nach den fürchterlichen Erscheinungen des Präsidentschaftswahlkampfs gehe es vor allem darum, besonders in jungen Menschen ein neues Bewußtsein zu erwecken. Es genüge nicht zu sagen, „Ich bin kein Antisemit" und dann bei der ersten Gelegenheit „umzufallen". Der Antisemitismus müsse vielmehr aktiv bekämpft werden, führte Svihalek aus. Dieser Appell sei vor allem an die Jugend gerichtet; er habe daher alle Jugendorganisationen, aber auch alle Politiker, vor allem der SPÖ, zur tatkräftigen Mitarbeit aufgerufen und dazu, den Nationalfeiertag unter dieses Motto zu stellen.

Svihalek erklärte weiters, die Mehrheit für Waldheim bei der jungen Generation sei nicht aus einer grundsätzlichen Anfälligkeit der Jugend gegenüber faschistischen Tendenzen zu erklären, sondern aus der fehlenden Aufarbeitung des Problems. Dieses Fehlen von Information habe unter anderem in Verbindung mit dem durch die Medien hervorgerufenen Mitleidseffekt zu dem Wahlsieg Waldheims geführt, erläuterte Svihalek. Dies sei jedoch auch ein Versäumnis der Jugendorganisationen, meinte Svihalek selbstkritisch. Es reiche eben nicht mehr, nur daran zu erinnern, was im Dritten Reich geschehen ist. Man habe auch aus der Vergangenheit keine gesellschaftspolitischen Konsequenzen für die Zukunft gezogen und sei statt dessen bei „Alibidiskussionen" stehengeblieben. Gerade die Jugendorganisationen müßten wieder in die Offensive treten. Von der Lösung der Fragen des menschlichen Zusammenlebens in der Zukunft hänge aber auch die Zukunft der Sozialdemokratie überhaupt ab, meinte Svihalek.

An die Stelle sinnloser Kampagnen gegen Waldheim, den er selbst jedoch nicht als Nazi oder Kriegsverbrecher, sondern als „miesen Opportunisten" betrachte, müsse nun politische Bewußtseinsbildung treten, die auch Signalwirkung im Ausland haben werde. Zu dieser langfristigen Arbeit sei die Nationalfeiertagsaktion lediglich als Startschuß zu betrachten.

Außerdem schlug Genosse Svihalek vor, ein „Museum des Faschismus" zu errichten sowie Gespräche mit Zeitzeugen durch Aufnahme auf Videoband in zeitgemäßer Form der Nachwelt zu erhalten.

„Vergeben, aber nicht vergessen"

Am 18. Juni 1986 gab der neue Bundeskanzler, Genosse Diplomkaufmann Dr. Franz Vranitzky, im Nationalrat eine Erklärung der Bundesregierung ab. In der darauffolgenden Debatte sprach auch Abgeordneter Dr. Edgar Schranz, der sich in seiner Rede mit einigen Aspekten des vergangenen Präsidentschaftswahlkampfes beschäftigte. Wir veröffentlichen einen Auszug aus der Rede des Genossen Schranz:

In dieser Wahlbewegung ist vieles offengelassen worden, und es ist viel Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit aufgebrochen. Wir sollen das sehen. Wir sollen die Ereignisse beim Namen nennen und nichts verschleiern. Da ist sehr vieles aufgebrochen, mit dem wir gar nicht zufrieden sein können und vor dem wir uns eigentlich fürchten müssen. Gar nicht so wenige sind in dieser Wahlbewegung auf dieser antisemitischen Welle mitgeschwommen. Das sollte man mit allem Bedauern feststellen.

Wer das hingenommen hat, wer da mitgeschwommen ist, darf nicht glauben, daß mit einer allgemeinen Formulierung, mit einem Satz, der im nachhinein ausgesprochen wird, alles wiedergutgemacht werden kann. So einfach sind die Dinge nicht! Das ist viel zu ernst.

Weiter möchte ich anmerken, daß man Wahlempfehlungen der äußersten Rechten nicht zurückwies, nicht vor der Wahl und nicht nach der Wahl, und daß man so viel hinnimmt, was da geschehen ist. Bitte hören Sie sich doch an, was die Kultusgemeinde in Wien offiziell dazu gesagt hat. Das sind doch keine Kleinigkeiten! Wir müßten alle miteinander, alle in diesem Haus vertretenen Parteien, Schlüsse ziehen aus dem, was da geschehen ist und was da kritikwürdig ist und was da aufgebrochen ist.

Wir sollten uns mehr mit der Vergangenheit beschäftigen. Wir sollten vergeben, aber wir sollten nicht vergessen. Denn Vergeßlichkeit ist keine Tugend, und Vergeßlichkeit würde bedeuten, daß wir den jungen Menschen nicht mit der notwendigen Klarheit sagen können, was alles geschehen ist, welche Grausamkeiten diese Vergangenheit gebracht hat und was wir tun müssen, um eine Wiederholung solcher Entwicklungen und Vorfälle zu vermeiden.

Daher meine ich: Wir sollten gerade mit den jungen Menschen in unserem Land, etwa in den Schulen und an den Hochschulen, mehr über die Vergangenheit reden. Wir sollten sie darauf aufmerksam machen, was alles an Bösem auch in unserem Land geschehen ist. Nur wenn wir das tun, wenn wir die jungen Menschen in dieser Richtung beeinflussen, werden wir in der Lage sein, zu einer verbesserten Demokratie in Österreich zu kommen.

Ausstellung „Die Welt der Anne Frank" in Wien

Am 4. September 1986 wird im Wiener Palais Palffy die Ausstellung „Die Welt der Anne Frank, 1929 bis 1945" eröffnet. Die Ausstellung, deren Zustandekommen auch ein Geschenk der SPÖ zum 85. Geburtstag unserer Genossin Rosa Jochmann ist, wurde vom Karl-Renner-Institut der SPÖ gemeinsam mit katholischen Bildungsorganisationen und dem Jewish Welcome Service (Jüdischer Willkommensdienst) organisiert.

Die Ausstellung bemüht sich um ein detailliertes Bild der historischen Entwicklung des Faschismus und des Alltagslebens im Nazi-Deutschland sowie in den 1940 besetzten Niederlanden. Die Geschichte der Familie Frank ist der rote Faden: Ihr Schicksal steht stellvertretend für zahllose Familientragödien dieser Zeit. An Hand bisher nicht veröffentlichter Fotos, Originalmanuskripten aus Annes Tagebuch, Annes Schulbüchern, einer Diaserie und eines Modells des Hinterhauses kann man einen recht genauen Eindruck von den Umständen erhalten. Ziel dieser Ausstellung ist es, zum Kampf gegen Vorurteile und Diskriminierung beizutragen.

Die Ausstellung wird **vom 5. bis 28. September 1986 täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet** sein. Im Rahmen dieser Ausstellung werden auch verschiedene Veranstaltungen, Diskussionen und künstlerische Darbietungen stattfinden.

Tote Kinder klagen an

Maria Uchytilova ist eine Prager Künstlerin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein gigantisches Denkmal zur Erinnerung an die gemordeten Kinder des Zweiten Weltkrieges zu schaffen. Seit 17 Jahren arbeitet sie an der Darstellung von Kindern und Kindergruppen — Buben und Mädel, 82 an der Zahl im Alter von 4 bis 16 Jahren in etwas überlebensgroßen Figuren. 82 Kinder waren es, die bei der Vernichtung des Dorfes Lidice entführt und in Chelm, in Polen, ermordet wurden.

Nach der Absicht der Künstlerin soll dieses Monument in Lidice aufgestellt werden, umgeben von Granitplatten, auf denen jedes Land die Anzahl seiner umgekommenen Kinder angibt. Die Tafel der ČSSR wurde bereits von einer Gruppe von Steinmetzlehrlingen angefertigt.

Frau Uchytilová ist mit ihrer Arbeit nahezu fertig. Sie ist bestrebt, die Figuren in Bronze gießen zu lassen und hat hiefür auch schon etwa vier Millionen Kronen, durch Spenden, nicht zuletzt die der zahlreichen Besucher ihres Ateliers aus aller Herren Länder, aufgetrieben. Auch die Bereitstellung der benötigten zehn Tonnen Bronze wurden ihr schon zugesagt.

Die ohne Rücksicht auf die eigene Person im Stehen und Liegen geleistete Arbeit hat Frau Uchytilová bereits zur Invalidin gemacht; sie ist genötigt, sich Krücken zu bedienen. Ihre Hingabe ist in der Auffassung begründet, daß die Erinnerung an diese bestimmte Seite der Schrecken des Krieges den Friedenswillen und die Friedenssehnsucht der Menschen stärken könne.

Für Spaniens Freiheit

Im Juli 1936 wurde durch einen Putsch von Generälen der spanische Bürgerkrieg ausgelöst. Durch die Intervention der faschistischen Mächte Italien und Deutschland wurde der Bürgerkrieg über Spanien hinaus zu einem Anliegen für alle diejenigen, die dem Vormarsch des Faschismus in Europa entgegentreten wollten. Aus der ganzen Welt kamen Freiwillige, die den Kampf gegen die putschenden Generäle und ihre Helfer in Rom und Berlin unterstützten. Die etwa 1800 Österreicher bildeten dabei — anteilsmäßig an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes — das stärkste Kontingent. Das vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands herausgegebene Buch „Für Spaniens Freiheit — Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936—1939" (Bearbeitung Hans Landauer, Walter Manoschek und Hans Safrian) vermittelt einen Einblick in die Herkunft und Motive der österreichischen Freiwilligen — die in dem Band alle namentlich angeführt werden — ihre vielfältigen Wege nach Spanien, ihre Teilnahme an den Kämpfen im „12.-Februar-Bataillon" der „Internationalen Brigaden" und in anderen Einheiten auf den verschiedenen Frontabschnitten, in ihre Probleme und ihr weiteres Schicksal nach der Niederlage der Republik in französischen Internierungslagern und deutschen Konzentrationslagern sowie im Widerstand gegen den Hitler-Faschismus.

Das Buch, das mit einem einführenden Überblick über Vorgeschichte und Verlauf des spanischen Bürgerkriegs eingeleitet wird, ist am 16. Juli 1986 im Alten Rathaus in Wien bei einer Veranstaltung präsentiert worden, bei der Genosse Dr. Christian Broda die Ansprache hielt. Genosse Broda wurde bei dieser Gelegenheit für seine Auszeichnung mit dem Europäischen Menschenrechtspreis 1986 gewürdigt, den ihm der Europarat für seine Bemühungen um die Abschaffung der Todesstrafe verliehen hat.

(„Für Spaniens Freiheit — Österreicher an der Seite der Spanischen Republik", Österreichischer Bundesverlag, Jugend-und-Volk-Verlagsges. m. b. H., Wien-München. 1986, 350 Seiten, zahlreiche Fotos und Faksimiles, kartoniert, 200 Schilling.)

Entnazifizierung in Österreich

Unter dem Titel „Verdrängte Schuld — Verfehlte Sühne — Entnazifizierung in Österreich 1945—1955" ist ein Sammelband mit Aufsätzen über Möglichkeiten, Formen, Zielsetzungen und Praxis der Entnazifizierung in Österreich erschienen, der das Ergebnis eines internationalen wissenschaftlichen Symposiums ist, das als erste Veranstaltung des „Jahres der Zeitgeschichte 1985" vom Institut für Wissenschaft und Kunst organisiert wurde. Die Thematik hat gerade im vergangenen Präsidentschaftswahlkampf eine brisante Aktualität erhalten, so daß die Lektüre der von vorwiegend jüngeren Wissenschaftern verfaßten Arbeiten auch unter diesem Gesichtspunkt sehr nützlich ist. Ein Beitrag von Brigitte Galanda befaßt sich mit dem Thema „Die Maßnahmen der Republik Österreich für die Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus — Wiedergutmachung". Die Autorin, Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, kommt zu folgendem Schluß: „Die Republik kann wohl mit berechtigtem Stolz auf die Aufbauleistung und erfolgreiche Arbeit der letzten 40 Jahre hinweisen, ihre ‚Ehrenschuld' gegenüber den Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus hingegen hat sie sehr spät und nicht immer zufriedenstellend eingelöst."

(„Verdrängte Schuld — Verfehlte Sühne, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1986. Herausgegeben von Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb, 365 Seiten, flexiber Kunststoff, 480 Schilling.)

Gedenken an Rudolf Trimmel

Rudolf Trimmel, unser lieber Rudi, hat uns für immer verlassen. Das bedeutet für jeden von uns und für die ganze österreichische Arbeiterbewegung einen schweren, fast unersetzlichen Verlust. Rudi war von frühester Jugend an in den sozialistischen Verbänden der Mittelschüler und der Studenten tätig und immer zur Stelle, wo er gebraucht wurde. Mit seiner Arbeitskraft und seinen Kenntnissen — er war ein ausgezeichneter Techniker und politisch sehr versiert — konnte man immer rechnen. Schon vor der Zerstörung der Arbeiterorganisationen war er in der „Linken in der SDAP" bei der Organisierung des Widerstandes gegen grünen und braunen Faschismus tätig. Sofort nach der Ausschaltung der Partei nahm er an der illegalen Arbeit teil. Seine persönlichen Beziehungen zu zahlreichen Bekannten und Fachkollegen machten es ihm möglich, wertvolle Mitteilungen und Berichte zu erlangen. So war er zum Beispiel einer der ersten, dem es gelang, Fotos aus den Konzentrationslagern heraus zu schwindeln, die die Untaten der Nazibarbaren dokumentierten.

Während des Krieges machte Trimmel Dienst im Betrieb „Minerva", der als Rüstungsbetrieb geführt wurde und wurde im Jänner 1945, offensichtlich strafweise, in die Slowakei versetzt. Dort nahm er die Verbindung mit den slowakischen Widerstandskämpfern auf und erwarb sich ihr Vertrauen. Das ermöglichte es ihm später, in den Wirren der Nachkriegszeit eine große Anzahl von Genossen aus der „Deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei", die ihren Überzeugungen auch in der Nazizeit treu geblieben waren, bei den Schwierigkeiten, die sich im Zuge der Aussiedlung aller Deutschsprachigen ergaben, wertvolle Hilfe zu leisten.

Als er dann endlich nach Wien zurückkehren konnte, stellte er sich sofort für den Wiederaufbau zur Verfügung. Er gehörte zu dem Kreise sozialistischer Techniker um Karl Waldbrunner, die den Idealen ihre Jugend gemäß hofften, die Verstaatlichung der Großindustrie als Vorstufe für die „Vergesellschaftung" auszubauen. Kein Wunder, daß ihn die sozialistischen Ingenieure im B. S. A. zum Obmann ihrer Fachgruppe wählten, eine Funktion, die er viele Jahre beibehielt, bis ihn sein Gesundheitsrückstand zwang, sich zurückzuziehen.

Seine unerschrockene Art, zu sagen, was er für richtig befunden hatte, bewies er im Umgang mit jenen, die maßgebende Funktionen in der Wirtschaft ausübten, ohne dabei Rücksicht auf seine „Karriere" zu nehmen. Ebenso aber hielt er es mit seinen Mitarbeitern und der Arbeiterschaft solcher Betriebe, in denen man ihm führende Positionen anvertraut hatte. Nie aber vergaß er die politische Arbeit in der Illegalität und die Opfer dieser Zeit. Schon 1945 mitbeteiligt an der Gründung der „Sozialistischen Freiheitskämpfer" wurde er nach dem Zusammenschluß mit dem Opferfürsorgereferat der Partei zum „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus" Obmannstellvertreter und blieb das bis zu seinem Tode. Vor allem aber widmete er seine ganze Kraft dem „Sozialistischen Kämpfer", dessen Redakteur er viele Jahrzehnte er war. Wir haben uns von ihm mit dem Gruße verabschiedet, der die Leitlinie seines ganzen Lebens war, mit einem herzlichen „Freundschaft".

Karl Merk

Anmerkung der Redaktion: Aus Gründen, die von der Redaktion sehr bedauert werden, konnte obenstehender Nachruf erst in dieser Nummer des „Kämpfer" veröffentlicht werden. Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung.

Am 9. Juli 1986 fand im Großen Festsaal des Wiener Rathauses eine Feierstunde der Partei zum 85. Geburtstag unserer Genossin Rosa Jochmann statt. Der Ort der Feier erinnerte daran, daß Genossin Jochmann den Ehrentitel „Bürger der Stadt Wien" trägt. Der Simmeringer Bezirksobmann, Stadtrat Johann Hatzl, leitete die Festveranstaltung ein, bei der dann Parteivorsitzender Dr. Fred Sinowatz, Ehrenvorsitzender Dr. Bruno Kreisky und Genosse Josef Hindels sprachen. Genosse Sinowatz würdigte die Gesinnungstreue, Lauterkeit und Opferbereitschaft der Jubilarin, Genosse Kreisky hob ihre Arbeit als „Zeitzeugin" in den Schulen und mit jungen Leuten hervor, Genosse Hindels würdigte ihren „Parteipatriotismus". Er verwies auch darauf, daß diese Feierstunde, einen Tag nach dem „schwarzen Dienstag", an dem der neue Bundespräsident angelobt wurde, eine politische Notwendigkeit war. Die Stimmung im restlos überfüllten Festsaal des Rathauses gab ihm vollkommen recht: Es war ein Fest, wie es die Partei schon lange nicht erlebt hat.

Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Die „Gesellschaft für politische Aufklärung", der unter anderen Hermann Langbein, Wolfgang Neugebauer, Karl Stadler, Herbert Steiner und Erika Weinzierl angehören, veranstaltet im kommenden Frühjahr eine Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Nach einem Vorbereitungsseminar am 11. und 12. April 1987 erfolgt am 13. April die Abreise nach Auschwitz. Am 14. April vormittags ist eine Führung durch Auschwitz I vorgesehen, am Nachmittag eine Führung durch Birkenau. Am 15. April steht eine Einführung in das Archiv auf dem Programm, am 16. April eine Stadtbesichtigung in Krakau. Die Rückfahrt erfolgt am 17. April.

Die Fahrt wird etwa 2500 Schilling kosten. Weitere Informationen sowie Anmeldungen bei Dr. Andreas Maislinger und Mag. Reinhold Gärtner, 6020 Innsbruck, Innrain 52, Telefon 0 52 22/724 27 12.

Dr. Tobias Portschy wieder aktiv!

Dr. Tobias Portschy, führender illegaler Nazi aus dem Burgenland, der als Gauleiter und Landeshauptmann dieses Bundeslandes als einer der Hauptverantwortlichen für die brutale Verfolgung der burgenländischen Zigeuner zu bezeichnen ist, veröffentlichte bereits im August 1938 seine Denkschrift „Die Zigeunerfrage". Wir finden hier Sätze wie:

„Die Zigeuner, die überwiegend mit vererblichen und ansteckenden Krankheiten behaftet sind, bilden einen wahren Krankheitsherd mitten unter der deutschen Bevölkerung . . . Aus volksgesundheitlichen Gründen und, weil die Zigeuner nachgewiesenermaßen erblich belastet und ein Volk von ausgesprochenen Gewohnheitsverbrechern sind, die als Schmarotzer in unserem Volkskörper nur ungeheuren Schaden anrichten, muß man vorerst an die Verhinderung ihrer Vermehrung herangehen und die Lebenden im Rahmen eines Arbeitslagers einer gestrengen Arbeitspflicht unterwerfen . . .

Dieser Herr, der als Hotelier in Rechnitz lebt, tritt heute als Obmann des Kameradschaftsbundes Rechnitz in Erscheinung. Beim Kameradschaftsbundtreffen am 15. Juni 1986 in diesem Ort trat Portschy als umjubelter Redner auf. Zunächst hatte sogar Genosse Theodor Kery den Ehrenschutz über diese Veranstaltung von Ewiggestrigen übernommen, später jedoch zurückgezogen.

Gedenkkundgebung

Gegen diese neuerliche rechtsextreme Provokation veranstaltete das Antifaschistische Personalkomitee Burgenland am gleichen Tag in Rechnitz eine Gedenkkundgebung zur Erinnerung an die Ende März 1945 am Ende des Ortes, beim Kreuzstadel von Nazis, erschossenen 176 ungarischen Juden.

Eduard Weikhart †

Ende Juli ist Genosse Eduard Weikhart im 81. Lebensjahr in Wien gestorben. Genosse Weikhart wurde am 21. November 1905 in Wien-Liesing geboren, dem Bezirk, dem er sein Leben lang politisch treu blieb. Er absolvierte die Bundeslehranstalt für Maschinenbau und arbeitete dann als technischer Angestellter, zuletzt als Leiter der Einkaufabteilung beim Kraftwagendienst der ÖBB. Schon als junger Mensch war Weikhart in der Sozialdemokratischen Partei tätig, einige Jahre lang war er Bezirksobmann der SAJ im Bezirk Liesing. Nach dem Februar 1934 war er als leitender Funktionär der „Revolutionären Sozialisten" aktiv. Nach dem Krieg baute er die Sozialistische Partei in Liesing an maßgeblicher Stelle wieder auf.

Von 1945 an war er lange Jahre Bezirksparteiobmann in diesem Bezirk. 1945 wurde er in den Nationalrat gewählt und 1956 als Staatssekretär in das damalige Ministerium für Handel und Wiederaufbau berufen. Genosse Weikhart war einer der Wohnbauexpertern der SPÖ sowie lange Jahre ihr Bundeskassier. Als Nationalratsabgeordneter machte er sich als ebenso sachkundiger wie temperamentvoller Redner einen Namen. Wir werden Genossen Weikhart niemals vergessen.

Wiener SPÖ-Landesparteitag gegen ÖTB-Subventionen

Beim Wiener Landesparteitag der SPÖ am 21. Juni 1986 wurde folgender Antrag einstimmig beschlossen:

In letzter Zeit wurde eine verstärkte Förderung des Österreichischen Turnerbundes durch das Unterrichtsministerium bekannt. Allgemein wird davon gesprochen, daß der ÖTB mit einem Betrag von 3,5 Millionen Schilling für sein Bundesturnfest und seine Bundessportschule überdurchschnittlich gefördert wird. Andere Sportorganisationen wie der ASKÖ, WAT und auch die UNION erhalten keine Förderung in dieser Höhe.

Es ist erwiesen, daß es sich beim Turnerbund um eine extrem rechtsgerichtete Organisation handelt, die immer noch an national-faschistischem Gedankengut festhält, was durch Aussagen von Turnerbundfunktionären und diversen Studien bewiesen ist.

Der Wiener Landesparteitag spricht sich gegen die Förderung des ÖTB aus und fordert die Bundesregierung, namentlich den Sportminister auf, zukünftig die entsprechenden Gelder an demokratisch-verfassungstreue Sportorganisationen zu verteilen."

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Thomas Waschek, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Karl Mark, Hans Waschek.

Paula Wallisch †

Einige Wochen nach ihrem 93. Geburtstag ist Genossin Paula Wallisch in Graz gestorben. Sie wurde am 7. Juni 1893 in St. Johann am Pressen in Kärnten geboren, übersiedelte aber noch als Kind mit ihren Eltern nach Marburg an der Drau. Als Erzieherin lernte sie in Szegedin in Ungarn den Sozialdemokraten Koloman Wallisch kennen, den sie 1915 heiratete. Koloman Wallisch wurde in der Ersten Republik Parteisekretär in Fürstenfeld und dann in Bruck an der Mur. Wegen seiner Teilnahme am Februar-Aufstand des Jahres 1934 wurde Wallisch zusammen mit seiner Frau Paula verhaftet und am 19. Februar 1934 in Leoben hingerichtet. Paula Wallisch bekam wegen „Hochverrats" ein Jahr Kerker und flüchte dann nach Jugoslawien und in die Tschechoslowakei.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehörte Paula Wallisch als steirische Abgeordnete dem ersten gewählten Nationalrat an, aus dem sie 1956 ausschied. Ihre Erinnerungen an das Schicksalsjahr 1934 hat Paula Wallisch in dem Buch „Ein Held stirbt" niedergeschrieben, das sie allen Gefallenen des Februar 1934 widmete. Sie hat uns damit ein menschlich berührendens Dokument hinterlassen. Wir werden Paula Wallisch, diese mutige Frau, Genossin und treue Kampfgefährtin ihres Mannes, niemals vergessen!

Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsradikalismus

Der Bundespräsidentenwahlkampf 1986 hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß es möglich ist, mit einer unseriösen und demagogischen Wahlwerbung, ohne Rücksicht auf das Ansehen der Republik, um eines vermeintlichen parteipolitischen Vorteils willen antisemitische, aber auch rechtsradikale Strömungen in einem Teil der Bevölkerung hervorzurufen. Diesen Tendenzen müssen gerade Sozialisten entschieden entgegentreten.

Daher fordert der Wiener Landesparteitag:

In den Schulen und in der Jugendarbeit sind verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den jungen Menschen, die die Zukunft unserer Republik zu gestalten haben werden, die Gefahren des Antisemitismus und des Rechtsradikalismus nahezubringen. Dies gilt ebenso für den Bereich der Erwachsenenbildung, weil auch die mittlere Generation die Schrecken des Faschismus nicht bewußt miterleben mußte.

(Beschluß des Wiener Landesparteitags der SPÖ vom 21. Juni 1986.

PARTEITAG 1926

Fortsetzung von Seite 2

nicht Träger einer gesellschaftsverändernden, sozialistischen Politik sein. Es gibt hier viele Berührungspunkte zwischen Otto Bauer und dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Dieser verbrachte viele Jahre in den Gefängnissen der faschistischen Diktatur in Italien, verfaßte dort seine Studien unter äußerst schwierigen Bedingungen.

Die Arbeiterklasse, so lehrte Gramsci, müsse den bürgerlichen und zum Teil noch feudalen Ideen des Gegners ihre eigenen Ideen gegenüberstellen. Es müsse ihr gelingen, die geistige Hegemonie (Vorherrschaft) zu erobern. Dazu brauche sie das Bündnis mit fortschrittlichen Intellektuellen, die Träger einer neuen, auf den Sozialismus orientierten Ideologie sind.

Otto Bauer sah die Notwendigkeit, kleinbürgerlich-bäuerliche Massen für die Sozialdemokratie zu gewinnen, um mehrheitsfähig zu werden. Aber man dürfe nicht den Kampf der Ideen beeinträchtigen, die sozialistischen Grundsätze verdunkeln. Er sagte dazu in seiner Parteitagsrede in Linz:

„Aber auf der anderen Seite ist die Werbung um die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen, die arbeitende, schwer arbeitende und schwer ausgebeutete Menschen sind, aber doch Menschen einer ganz anderen Lebensstellung als die Lohnarbeiter und Angestellten, nicht ungefährlich. Kann es da nicht geschehen, daß der eigentliche Charakter unserer Partei, das, was sie auszeichnet, was allein ihre historische Mission begründet, ihr Charakter als Arbeiterpartei, darunter leidet?

Hier liegt das wirkliche Problem. Und dieses sucht nun der Entwurf zu lösen, indem er — an einen alten Marxschen Gedanken anknüpfend — sagt: Sobald sich die Scheidung der Gesellschaft in zwei feindliche Lager vollzieht, sobald nur noch Proletariat und Bourgeoisie einander als feindliche Mächte gegenüberstehen, sobald das Proletariat und die Bourgeoisie um die Macht, das heißt unter demokratischen Bedingungen, um die Mehrheit ringen, wird es zur Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur die Arbeiterklasse zu vereinigen, sondern unter der Führung der Arbeiterklasse immer breitere Schichten der ganzen Bevölkerung zu sammeln.

Was bedeutet dieser Satz ‚Unter Führung der Arbeiterklasse'? Sie erinnern sich, als die Luegerei ihren Siegeszug in Österreich angetreten hat, damals hat sie geworben um die ‚Vereinigung aller arbeitenden Stände', wie sie immer sagten, gegen das mobile Großkapital: um den Geschäftsmann, den Kaufmann, den Intellektuellen, den Arbeiter, den Angestellten, den Lehrer, den großen und kleinen Bauern, den Keuschler, kurz allerlei arbeitende Stände gegen das mobile Großkapital. Damals haben wir uns dagegen gewehrt.

Warum? Was bedeutete damals die Luegerische Parole: Alle arbeitenden Stände gegen das Großkapital! Sie bedeutete den Versuch, die Verselbständigung des Proletariats zu verhindern, und sie bedeutete den Versuch, die Arbeiterklasse in der Gefolgschaft bürgerlicher, wenn auch damals nicht großbürgerlicher, so doch klein- und mittelbürgerlicher Parteien zu halten; sie bedeutete den Versuch, die Arbeiterschaft als einen Schwanz bürgerlicher Parteien hinter sich her zu schleppen; sie bedeutete die Vereinigung der arbeitenden Volksklassen unter der Führung des Bürgertums.

Heute handelt es sich um etwas ganz anderes. Die Luegerei fällt in eine Zeit, in der sich das österreichische Kleinbürgertum noch den Luxus einer selbständigen Parteibildung leisten konnte; das Großkapital konnte von der parlamentarischen Tribüne leicht flüchten, weil es sich der Bürokratie des Kaisers als seines Werkzeuges bedienen konnte, und die Arbeiterklasse war von allen politischen Rechten und von aller politischen Macht ausgeschlossen.

Damals konnte es besondere kleinbürgerliche Parteien geben. Heute gibt es das nicht mehr. Heute gibt es nur zwei Parteien: die Partei des Proletariats hier und die Partei aller besitzenden Klassen drüben, die in Wirklichkeit in allen wirtschaftlichen Dingen vom Großkapital geführt wird. In dieser Situation gibt es keine besonderen Kleinbürgerparteien mehr, sondern wird und muß sich das Kleinbürgertum teilen: ein Teil unter der Führung der Bourgeoisie und ein Teil, geschart um das Proletariat, gegen die Bourgeoisie.

Heute handelt es sich nicht mehr wie zu Zeiten der Luegerei darum, die Arbeiter unter der Führung der bürgerlichen Parteien zu erhalten, sondern heute handelt es sich umgekehrt darum, ob es uns möglich ist, die Kleinbauern und Kleinbürger zu scharen — unter der Führung der Arbeiterklasse."

Was bedeutet dieses Wort „Führung"? In den Diskussionen in unseren Organisationen ist dieses Wort oft sehr sonderbar mißverstanden worden. Man hat mir erzählt, daß man zum Beispiel in einer Sektionsversammlung erörtert hat, ob dieses Wort bedeuten soll, daß nur Arbeiter Führer werden sollen und nur Arbeiter zu Vertrauensmännern gewählt werden, dürfen. Das ist natürlich nicht gemeint. Wen wir als Kampfgenossen in unsere Reihen aufnehmen, der muß natürlich ein gleichberechtigter Genosse sein, da kann es keinerlei Unterschied geben. Um was es sich dabei handelt, ist etwas viel Tieferes. Dieses Wort soll besagen: Wir sind die Partei der Arbeiterklasse, wir wollen nichts anderes sein und wollen nie etwas anderes werden als die Partei der Arbeiterklasse."

Otto Bauer benützte in seiner Rede das Wort „Luegerei", das inzwischen kaum mehr bekannt ist. Abgeleitet vom Namen des Wiener Bürgermeisters, Karl Lueger, einem militanten Christlichsozialen und rabiaten Antisemiten, war damit eine kleinbürgerliche, sozialdemagogische Geisteshaltung gemeint.

Bauers leidenschaftliches Plädoyer für die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei richtete sich gegen alle Versuche, die Partei der bürgerlichen Ideologie anzupassen, ihren sozialistischen Inhalt zu verwässern. Otto Bauers Grundgedanke: Es kommt nicht nur darauf an, die Mehrheit zu erringen, die Macht zu erobern. Die Arbeiterklasse muß sich selbst verändern, erziehen, den bürgerlichen und zünftlerischen Ungeist in den eigenen Köpfen, in den eigenen Herzen überwinden. Dieser Prozeß der Selbsterziehung, der Bewußtseinsänderung kann aber nicht gelingen, wenn dem kleinbürgerlichen Denken aus wahltaktischen Gründen Konzessionen gemacht werden. In der Parteitagsrede Otto Bauers heißt es dazu unter anderem:

„Ich habe von den Fragen der Machteroberung gesprochen, aber Sie würden das Programm völlig mißverstehen, wenn Sie nicht Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken würden, daß der Kampf um die Machteroberung nur einer der Grundgedanken dieses Programms ist, und daß es noch einen anderen Gedanken gibt, mit dem zusammen der Machtgedanke erst verstanden werden kann.

Wir müssen der Arbeiterklasse so klar und unzweideutig wie nur möglich sagen, daß ihr Sieg nicht nur davon abhängt, daß sie die Macht erobert, sondern auch davon, daß sie in sich selbst jene moralischen und intellektuellen Qualitäten entwickelt, ohne die der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann.

Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins macht viele Stufen durch. Es ist ihre erste primitive Stufe, wenn der Arbeiter schon, aus der Indifferenz heraustretend, zum Bewußtsein der Solidarität mit seinen unmittelbaren Arbeitskollegen gelangt. Das ist der erste entscheidende Schritt. Aber Berufs- und Betriebssolidarität ist noch nicht Klassenbewußtsein.

Erst wenn sich die Arbeiter und Angestellten nicht mehr nur als Arbeits-

Fortsetzung auf Seite 8

PARTEITAG 1926

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010 **P. b. b.**

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Fortsetzung von Seite 7

kollegen ihrer engsten Arbeitskollegen, als Berufsgenossen ihrer näheren Berufsgenossen empfinden, erst wenn sie sich als Angehörige der Arbeiterklasse schlechthin empfinden, erst wenn sie erfüllt sind von starken Gefühlen der Solidarität mit den Kämpfen der anderen Arbeiter und Angestellten, erst wenn sie ihren eigenen Kampf nicht nur vom Sonderinteresse ihres Berufes aus betrachten, sondern vom Standpunkt des Gesamtinteresses der gesamten Arbeiterklasse, erst dann kann man vom wirklichen Klassenbewußtsein reden. Und die Erziehung zu solchem Klassenbewußtsein ist eine der wichtigsten Aufgaben."

Auch an anderen Stellen seiner immer wieder vom Beifall der Delegierten unterbrochenen Rede kommt Otto Bauer auf die Notwendigkeit zu sprechen, das Denken und Fühlen der eigenen Klasse, der eigenen Anhänger, zu verändern. Eine dieser Stellen lautet:

„Der Sieg im Klassenkampf wird entschieden werden durch ein Klassenbewußtsein, das sich nicht mehr nur zu bestätigen haben wird im Kampfe gegen den Klassengegner, sondern in der Arbeit für die eigene Klasse.

Es ist uns klar, daß das eine vollständige geistige Umstellung der Arbeiter und Angestellten voraussetzt, von der nur ein Narr glauben könnte, daß sie durch ein Programm dekretiert werden könne, die vielmehr nur das Ergebnis einer lange dauernden Entwicklung sein kann; die Partei kann sich nur die Aufgabe setzen, diese Entwicklung zu fördern.

Dazu gehört erstens das spezifische Mittel, durch das der Sozialismus dieses Klassenbewußtsein im Arbeitsprozeß zu entwickeln hat, und das ist die Entwicklung der Betriebsdemokratie in den vergesellschafteten Betrieben. Nur wenn die Arbeiter und Angestellten dort das Gefühl haben werden, daß sie mitverwalten und mitbestimmen, daß sie nicht Fremde im Betrieb sind, nur dann wird sich dieser Geist entwikkeln."

Der stürmische, lang anhaltende Beifall, der Otto Bauers Rede folgte, war, wie das bei seinen Reden stets der Fall war, kein Ersatz für die geistige Auseinandersetzung. In der lebhaften Diskussion kamen auch kritische Stimmen zu Wort. Zu den Kritikern gehörten vor allem Delegierte, die im Verband der Freidenker aktiv waren. Sie richteten heftige Angriffe gegen die reaktionäre Politik des Klerus in Österreich und verlangten eine härtere Antwort der Sozialdemokratie auf die klerikalen Attacken. Als überzeugte Atheisten hielten die Freidenker eine antireligiöse Propaganda für notwendig und konnten mit der Aussage des Parteiprogramms, Religion sei Privatsache, wenig anfangen.

Otto Bauer setzte sich mit den Kritikern in seinem Schlußwort auf hohem Niveau sachlich auseinander. Er gehörte nicht zu jenen Referenten, die das ihnen zustehende Schlußwort mißbrauchen, um kritische Diskussionredner „niederzusetzen". Aber er sprach den Kritikern auch nicht nach dem Munde. Er versuchte, sie mit Argumenten zu überzeugen.

Otto Bauer, der während des Ersten Weltkrieges selbst zur linken Parteiopposition gehört hatte, hielt nichts von einer künstlichen, mit administrativen Methoden erzwungenen „Einheit". Er liebte das pulsierende, geistige Leben in der Partei, das keineswegs in Widerspruch steht zur Notwendigkeit, gefaßte Beschlüsse einzuhalten, Aktionen einheitlich durchzuführen. Aus eigener Erfahrung wußte Otto Bauer: Es kann Situationen geben, in denen eine kritische Minderheit recht hat und die Parteispitze irrt. Kritik war in seiner Sicht nur dann schädlich, wenn sie den Boden der Partei verläßt, sich auf eine Spaltung orientiert.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG. 1030 Wien, Viehmarktgasse 4.

Niederösterreich

Gänserndorf — Unser ältester Funktionär. Unser ältester niederösterreichischer Funktionär, Genosse Karl Gsching, feierte seinen 90. Geburtstag. Man sieht dem kernigen ehemaligen Schuldirektor die Jahre nicht an. Nach wie vor kann er ohne Beschäftigung nicht leben. Wenn er auch einige Tage Durchuntersuchung im Mistelbacher Krankenhaus über sich ergehen ließ — seine Vitalität blieb ungebrochen. Als unser Bezirksgruppenobmann und Funktionär mehrerer sozialistischer Organisationen im Jahre 1896 geboren wurde, war unsere Arbeiterbewegung noch sehr jung. Die Partei hatte noch lange nicht alle Arbeitenden erfaßt. Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg. In dieser Zeit trat Genosse Gsching der Sozialdemokratie bei und blieb ihr seither 62 Jahre lang treu.

Im Laufe seines langen und erfüllten Lebens wurden dem Genossen Gsching viele Ehrungen zuteil. Mit 80 erhielt er die Victor-Adler-Plakette. Anläßlich seines 90. Geburtstages verliehen ihm die Freiheitskämpfer die höchste Auszeichnung, die sie zu vergeben haben: die Otto-Bauer-Plakette.

Wir alle wünschen ihm noch viele Jahre in geistiger Frische.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden" in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 15. September 1986. *Die Redaktion*

Michael Häupl/Ernst Nedwed/Peter Pelinka

Gegen den Strom

Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels

Mit Beiträgen von
Detlev Albers, Maria Berger, Paul Blau, Karl Blecha, Christian Cap, Alfred Dallinger, Herbert Exenberger, Alfred Gusenbauer, Michael Häupl, Eva Kreisky, Erwin Lanc, Manfred Matzka, Ernst Nedwed, Wolfgang Neugebauer, Peter Pelinka, Hugo Pepper, Georg Scheuer, Gerhard Steger, Hans Waschek, Ernst Winkler (†)

Erhältlich zum Preis von 120 Schilling bei der SPÖ-Information, 1014 Wien, Löwelstraße 18.